

Abg. Rothe fragte nach dem Nutzen dieses Netzwerkes. Es bestünden bereits Mitgliedschaften. Es gehe nicht um Masse, sondern um Qualität. Er rate von einer Mitgliedschaft ab.

SkB Ihrig brachte ein, dass ein solches Netzwerk grundsätzlich zu begrüßen sei. Jedoch müssten die aufgeführten Punkte aus dem Jahr 2000 (Anhang 1 zur Vorlage) aktualisiert und konkret festgelegt werden.

Abg. Haselier stellte fest, dass es durchaus legitim sei, zu hinterfragen, ob man Geld in die Hand nehme oder nicht.

Man habe dieses Thema vor langer Zeit bereits in diesem Ausschuss auf der Agenda gehabt. Aufgrund gesetzlicher Änderungen (Präventionsgesetz) habe man aktuell eine andere Grundlage. Wenn man partizipieren wolle, müsse man sich hier einbringen.

SkB Suchetzki bat um Auskunft, ob es bereits Erfahrungsberichte aus den einzelnen Kommunen gebe und wie viele Mitarbeiter der Verwaltung dadurch gebunden werden.

Sozial- und Gesundheitsdezernent Schmitz erläuterte, dass das relativ neue Präventionsgesetz die verschiedenen Sozialgesetzbücher und den öffentlichen Gesundheitsdienst zusammenbringe. Dieses Gesetz schreibe den Kranken-, Unfallkassen, Unfallversicherungsträger etc. vor, dass ein Teil der Beiträge in Präventionsleistungen fließen müsse. Es gebe entsprechende Bundes- bzw. Landesrahmenempfehlung sowie Empfehlungen der Spitzenverbände der Krankenkassen, welche Hinweise geben würden, welche Präventionsprogramme man machen könne und was Grundlagen hierfür seien. Man wolle in ein Projekt einsteigen, bei dem es um Kindergesundheit gehe. Des Weiteren gebe es die Bereiche „Lebenswelt Arbeiten und Wohnen“ sowie „Gesundes Altern“.

Wenn man in diesen Bereichen tätig werden wolle, mache es Sinn, Mitglied beim Gesunde-Städte-Netzwerk zu werden, da man mit der Mitgliedschaft in diesem Netzwerk bereits bestimmte Kriterien erfülle.

Ltd KMD Dr. Meilicke ergänzte, dass viele der städteplanerischen Punkte durchaus sehr aktuell und teilweise noch nicht umgesetzt seien. Die Kritik sei bei der Langfristigkeit solcher Ziele nicht gerechtfertigt.

Durch die Mitgliedschaft im „Gesunde-Städte-Netzwerk“ könne man für eine Investition von 950 € einen Betrag i.H.v. 40.000 € aus dem Präventionstopf erhalten. Man gewinne für diese Aufgabe für fünf Jahre eine halbe Stelle dazu. Den Mitarbeiter, Herrn Heusinger, der für Kinderprävention zuständig sei, habe man für diesen Bereich mit 12-18% eingerechnet.

SkB Ihrig führte aus, dass ihre Kritik dahingehend gewesen sei, dass man bei einem Beitritt, die Ziele für den Rhein-Sieg-Kreis aktuell anpassen müsse. Bad Honnef sei Mitglied in diesem Netzwerk. Die Arbeit sei durchaus sinnvoll. Sie befürworte den Beitritt, unter der Maßgabe, dass die Maßnahmen möglichst aktuell gehalten werden.

Ltd. KMD Dr. Meilicke, teilte mit, dass er dies nachvollziehen könne. Das Programm des geplanten Projektes „GesA“ sei sehr aktuell.

